

**125**

**Jahre Zukunft. Gemeinsam für Gerechtigkeit.
ans pleins d'avenir. Ensemble pour la justice sociale.
anni per il nostro futuro e per la giustizia sociale.**

**SGB Schweizerischer Gewerkschaftsbund
USS Union syndicale suisse
USS Unione sindacale svizzera**

Bern, 28. Juni 2005

Medienkonferenz: Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt – eine erste Bilanz vom 28. Juni 2005

Fortschritte überwiegen Risiken

Bemerkungen von Serge Gaillard, Sekretariatsleiter Schweizerischer Gewerkschaftsbund

(Es gilt das gesprochene Wort)

Die Zahlen, die Beobachtungen und die Erfahrungen stimmen überein, ob sie nun von Arbeitgeberseite, von den Behörden oder von den Gewerkschaften stammen: Die Personenfreizügigkeit mit der EU hat nicht zu der von vielen befürchteten Zunahme der Einwanderung oder Arbeitslosigkeit geführt. In einigen Branchen besteht die Gefahr von Lohndruck, die flankierenden Massnahmen gegen das Lohndumping werden jedoch zunehmend wirksam eingesetzt.

- Ein Einfluss der Personenfreizügigkeit auf das Ausmass der Einwanderung ist beim heutigen Stand des Wissens nicht festzustellen. Festgestellt werden konnten jedoch markante Verschiebungen, sowohl was die einzelnen Aufenthaltskategorien wie auch die Herkunft der Immigranten und Immigrantinnen betrifft.
- Markante Verschiebungen hat es auch bei den Personen gegeben, die sich kurzfristig in der Schweiz aufhalten. Die Zahl derjenigen, die über eine Arbeitsbewilligung für eine Zeit unter 12 Monaten verfügen, hat stark abgenommen. Dafür hat die Zahl der so genannten Dienstleistungserbringer zugenommen, welche sich weniger als 90 Tage in der Schweiz aufhalten. Ihr Aufenthalt ist seit dem 1. Juni 2004 nicht mehr bewilligungs-, sondern nur noch meldepflichtig. Die flankierenden Massnahmen erlauben es zu verhindern, dass die „Meldepflichtigen“ von den Arbeitgebern für Lohndumping ausgenutzt werden. Insbeson-

Referate/2005/050628_pk_persfrei

dere in der Bauwirtschaft und dem Gewerbe wurden zu diesem Zweck die Kontrollen deutlich ausgebaut.

- Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Grenzgängern. Die Gesamtzahl der Bewilligungen ist leicht gestiegen. Aber auch hier fallen vor allem die Verschiebungen auf. Die Zahl der Erwerbstätigen, die aus Frankreich oder Italien in der Schweiz als Grenzgänger arbeiten, scheint zugenommen zu haben, während weniger Deutsche und Österreicher als Grenzgänger in der Schweiz zu arbeiten scheinen.
- Die Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, was aber nichts mit der Personenfreizügigkeit zu tun hat. Das zeigt sich unter anderem auch daran, dass sie sich in Branchen wie Bauwirtschaft oder dem Gastgewerbe, die am meisten von der Personenfreizügigkeit betroffen sind, bisher nicht ausgeprägter als in anderen Branchen entwickelt hat.
- Ähnliche Erfahrungen hat man auch im europäischen Ausland gemacht, das die Personenfreizügigkeit schon viel länger kennt.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund erwartet bei einer Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder keine gravierenden Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt und zwar aus folgenden Gründen:

- Dank der ausgehandelten Übergangsfristen wird der Arbeitsmarkt nur in Etappen geöffnet, was eine laufende Anpassung der inländischen Schutzmassnahmen bei einer eventuellen negativen Entwicklung ermöglicht.
- Die bereits bestehenden flankierenden Massnahmen werden mit der Annahme der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit neuen wirksamen Schutz- und Kontrollvorkehrungen ergänzt. Insbesondere wird es besser möglich sein, die Arbeitsbedingungen auch dort zu kontrollieren, wo noch keine Gesamtarbeitsverträge existieren. Dank der Übergangsfristen können mit diesen neuen Instrumenten vor der Ausdehnung wertvolle Erfahrungen gesammelt werden.
- Alle Experten sind sich einig, dass die Arbeitsmärkte, das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen in den neuen EU-Ländern sich in den nächsten Jahren sehr schnell positiv entwickeln werden. Das wird den Druck – dank der langen Übergangsfristen – weiter verringern. Zudem wird die Personenfreizügigkeit im Jahr 2011 nicht nur in der Schweiz, sondern auch in allen anderen Länder der EU eingeführt.
- Die für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen zuständigen Instanzen, insbesondere die Kantone, haben sich in den letzten Monaten in ihrer Mehrheit (nicht zuletzt dank dem gewerkschaftlichen Druck) als lernbereit gezeigt. Die Umsetzung der Massnahmen und die Kontrollen werden jetzt nach anfänglichen Schwierigkeiten laufend verbessert. In den meisten Kantonen ist ein Umdenken hin zum Positiven feststellbar.

- Die Gewerkschaften werden neben den staatlichen Schutz- und Kontrollmechanismen die Entwicklung ganz genau beobachten und sich für eine rigorose Anwendung der Massnahmen gegen Lohndumping einsetzen. Wir werden uns auch nicht scheuen, Missstände öffentlich anzuprangern. Die Personenfreizügigkeit kann nur zu schweizerischen Löhnen akzeptiert werden.

Die Arbeitslosigkeit verharrt seit längerer Zeit auf einem rekordverdächtig hohen Niveau. Sie bewirkt bei Neueinstellungen einen starken Druck auf die Löhne. Um Arbeitslosigkeit und Lohndruck zu bekämpfen, braucht die Schweiz ein starkes Wirtschaftswachstum und bessere Kontrollen der Arbeitsbedingungen. Deshalb unterstützt der Schweizerische Gewerkschaftsbund die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Eine Zustimmung sichert uns stabile Beziehungen zur EU und verbessert die Kontrollen und Massnahmen gegen das Lohndumping.

Fazit:

Die bisherigen Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit zeigen, dass die Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit und Einwanderung gering sind und die Bereitschaft der Behörden zu wirksamen Kontrollen und zur Missbrauchbekämpfung gewachsen ist. Es ist nicht anzunehmen, dass sich die Probleme nach einer Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen Länder ändern werden.